

ten deklariert. Eine solche Vereinbarung, die volle Unterstützung durch Bonn vorausgesetzt, würde übrigens dem Gedanken einer „Verantwortungsgemeinschaft“, in der BRD ist davon oft die Rede, zwischen der DDR und der BRD völlig entsprechen.

Die DDR ist für einen vereinbarten Verzicht auf den Ersteinsatz atomarer Waffen. Sie verweist dabei auf das historische Beispiel des einseitig verkündeten Verzichts durch die Sowjetunion und erwartet, daß auch die anderen Nuklearmächte diesem Schritt folgen. Die BRD könnte viel dazu tun, indem sie auf die USA und andere NATO-Verbündete wie Frankreich und Großbritannien einwirkt, damit diese ebenfalls auf den Ersteinsatz verzichten.

Die DDR ist nach wie vor bereit, ihr gesamtes Territorium für eine von atomaren Gefechtsfeldwaffen freie Zone in Mitteleuropa zur Verfügung zu stellen, obwohl sie infolge der Ablehnung dieser vernünftigen schwedischen Initiative durch die BRD und andere NATO-Staaten gegenwärtig keine Möglichkeit fördern Realisierung sieht.

Die DDR tritt aktiv für ein Abkommen über das Verbot der Produktion, Lagerung und Anwendung chemischer Massenvernichtungsmittel ein. Eine vertragliche Vereinbarung darüber entspräche dem Gedanken, militärisches Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau zu verwirklichen. Aus Bonn waren dazu bisher nur Ausflüchte zu hören. Für alle diese Vorschläge ist bisher auf deutschem Boden allein die DDR als Staat bzw. als Regierung eingetreten.

Selbstverständlich verlangen entsprechende Schritte zur Verwirklichung dieser Vorschläge, daß sie dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit entsprechen. In diesem Zusammenhang darf man nicht übersehen, daß die BRD der europäische Hauptlagerplatz für chemische Massenvernichtungswaffen der USA ist und ihr Territorium die



Hans Råde, 1975

(entnommen dem vom Verlag für Agitations- und Anschauungsmittel herausgegebenen Plakatkalender 1983)

größte Kernwaffendichte in der Welt aufweist.

Wenn Genosse Erich Honecker auf der 7. Tagung des ZK der SED betonte, daß jetzt erst recht die Anstrengungen für die Verteidigung und Bewahrung des Friedens zu verstärken sind, dann eben wegen der konkreten Situation, wie sie durch Konfrontationskurs und Hochrüstungspolitik der aggressivsten Kräfte des Imperialismus hier in Europa mit so viel Gefahren für die ganze Welt entstanden ist. Wobei dieses „jetzt erst recht“ dem ganzen Werdegang und Wesen unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates entspringt.

Folgerichtig ergibt sich die ausgeprägte Verantwortung der DDR aus Faktoren, die untrennbar mit der fünfunddreißigjährigen Entwicklung des ersten deutschen Staates der Arbeiter und Bauern verbunden sind.

Erstens sah die DDR aufgrund der bitteren Erfahrungen aus zwei Weltkriegen, die von deutschem Boden ihren Ausgang genommen hatten, ihre besondere Verpflichtung darin, alles menschenmögliche zu tun, um im Herzen Europas den Frieden dauerhaft zu sichern. Vom ersten Tage ihrer Existenz an hat die

DDR deshalb entsprechend ihrer Staatsdoktrin gehandelt, nämlich alles zu tun, damit von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht. 35 Jahre DDR sind dementsprechend dreieinhalb Jahrzehnte Taten und Initiativen, die dieser Verpflichtung dienen. Das begann mit dem Kampf für einen gerechten Frieden, für die Ächtung der Atombombe, für ein entmilitarisiertes Deutschland, für die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im allgemeinen und zwischen der DDR und der BRD im besonderen - ein Kampf, der bis in die heutige Zeit nichts an Dringlichkeit verloren hat. Friedensinitiativen der DDR waren immer mit konstruktiven Angeboten an die Regierung der BRD verbunden.

Es ist eine bittere Wahrheit, daß so viele Chancen für die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit durch die herrschenden Kräfte der BRD nicht nur ausgelassen wurden, sondern immer neue Schritte der Rüstung bis hin zum Einschwenken auf den Konfrontations- und Hochrüstungskurs der USA-Administration getan wurden.

Zweitens ergibt sich die uner-